



FDP | 07.12.2017 - 14:45

FDP will Opferberatungsstelle des Bundes



Nach dem Terroranschlag am Breitscheidplatz hatten Angehörige nicht nur mit der Trauer zu kämpfen, sondern auch mit Bürokratie und fehlenden finanziellen Hilfen. In einem offenen Brief warfen Angehörige aller zwölf Todesopfer des Terroranschlags der Bundesregierung Versagen vor. Die FDP teilt die Kritik, dass für Opfer und Angehörige mehr getan werden muss: "Der unkoordinierte und viel kritisierte Umgang mit den Angehörigen der Opfer des Terroranschlags am Breitscheidplatz in Berlin hat exemplarisch die Defizite und Versäumnisse aufgezeigt", fordert [FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae](#) [1] eine dauerhafte Opferberatungsstelle des Bundes.

Mit Blick auf das Szenario, das sich vor einem Jahr nach dem Anschlag abgespielt hat, als insbesondere die Koordinierung der zuständigen Stellen vollkommen unzureichend war, mahnt Thomae: "Damit wir Hilfe endlich schneller und unbürokratischer möglich machen können, wollen wir Freien Demokraten eine dauerhafte Opferberatungsstelle des Bundes einrichten." In der sollten Auskünfte, Betreuung und finanzielle Unterstützung gebündelt werden. Darüber hinaus sei klar, "dass wir die Sicherheitsarchitektur unseres Landes reformieren und den Informationsaustausch auf europäischer Ebene verbessern müssen." (ph)

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/fdp-will-opferberatungsstelle-des-bundes>

Links:

[1] <https://www.facebook.com/stephanthomaefdp/>